



Russische Interessen im Nahen Osten

von Heinrich Schwabecher (ext.)

Seit Januar 2006 intensiviert der russische Präsident Wladimir Putin seine Politik im Nahen Osten. Einen Höhepunkt erreichten diese Bemühungen in der ersten Märzhälfte. Am 1. und 2. März besuchte eine iranische Delegation Moskau, um Verhandlungen über das iranische Atomprogramm und über das russische Angebot zur Uran-Anreicherung in Russland zu führen. Anschließend, zwischen dem 3. und 5. März, trafen führende Mitglieder der radikalen Palästinensergruppe Hamas auf Einladung von Präsident Putin in der russischen Hauptstadt ein. Am 13. März wurde in der Presse kolportiert, dass Russland und Iran hinter verschlossenen Türen weitere „Geheimverhandlungen“ führen würden. Wie ist eine solche Intensivierung der russischen Nahostpolitik zu bewerten und welche Ziele verfolgt Russland in der Region?

Inhalt

1. Die Verhandlungen mit dem Iran	Seite 2
2. Der Besuch der Hamas-Führung in Moskau	Seite 2
3. Interessen Russlands	Seite 3
4. Fazit	Seite 4
5. Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung	Seite 5

1. Die Verhandlungen mit dem Iran

Schon im Jahre 2005 hatte Russland, das neben der EU-Troika (Deutschland, Frankreich und Großbritannien) und den USA einer der Vermittler im Streit um das iranische Atomprogramm ist, einen eigenen Kompromissvorschlag gegenüber Teheran formuliert. Danach dürfte Iran weiterhin atomare Technologien zu friedlichen Zwecken nutzen, doch das dafür erforderliche Uran solle auf russischem Boden angereichert werden. Dadurch würde sichergestellt, dass der Iran kein hoch angereichertes und damit waffentaugliches Uran erzeugen könne. Zu diesem Zweck sollte in Russland ein russisch-iranisches Gemeinschaftsunternehmen zur Uran-Anreicherung gegründet werden. Bis Ende 2005 konnte allerdings keine Einigung erzielt werden.

Ab 2006 intensivierte Russland seine Bemühungen um einen Kompromiss mit dem Iran und hielt zwischen Januar und Mitte März insgesamt fünf Verhandlungsrunden mit den iranischen Emissären ab. In Ergänzung zu dem Vorschlag zur Uran-Anreicherung forderte Moskau vom Iran eine Rückkehr zu dem Moratorium bei der Uran-Anreicherung sowie die Einstellung jeglicher Nuklearforschung und -entwicklung. Iran war aber nicht bereit auf die Option der Uran-Anreicherung auf iranischem Boden zu verzichten.

Nach der dritten Verhandlungsrunde am 20. Februar im Iran wurde überraschend verkündet, dass man eine „grundsätzliche Einigung“ in der Frage der Gemeinschaftsunternehmen zur Uran-Anreicherung erreicht habe und dass es fast keine „technischen, organisatorischen oder finanziellen Probleme“ mehr gebe. Allerdings wurde dieser vermeintliche Konsens bei der Folgerunde am 1. und 2. März in Moskau von iranischer Seite dementiert.

2. Der Besuch der Hamas-Führung in Moskau

Am 25. Januar 2006 gewann die Extremistenorganisation Hamas die palästinensischen Wahlen. Schon am 9. Februar erklärte Putin bei einer Pressekonferenz in Madrid, dass er die Hamas baldmöglichst zu Beratungen nach Moskau einladen wolle. Am 16. Februar folgte die offizielle Einladung Putins mit der Begründung, dass die Politik das Ergebnis demokratischer Wahlen durch das palästinensische Volk zu respektieren habe. Allerdings führten die Beratungen in Moskau zu keinem vorzeigbaren Ergebnis. Zwar forderte die russische Seite die Hamas auf, die Forderungen des sogenannten „Nahostquartetts“ (USA, Vereinte Nationen, Europäische Union und Russland) zu erfüllen. Dazu gehört vor allem die Anerkennung des Existenzrechts Israels, der Gewaltverzicht und die Einhaltung aller bisherigen Abkommen. Hamas stellte dem die Forderung nach der Beendigung der Okkupation Palästinas durch Israel entgegen. Russische Nahost-Experten hatten von dem Moskauer Treffen ohnehin keinen Durchbruch im israelisch-palästinensischen Konflikt erwartet. Zum einen – so die verbreitete Argumentation – könne Russland den Palästinensern außer moralischer Unterstützung kaum was anbieten. Zum anderen gehe es bei dem Treffen weniger

um Inhalte als um einen Prestigegewinn Russlands. Dadurch würden konkrete Fortschritte von vorn herein vereitelt.

3. Interessen Russlands

Die Positionen Russlands israelisch-palästinensischen Konflikt und im Atomstreit mit dem Iran unterscheiden sich wesentlich von denen seiner westlichen Partner. So sieht Moskau die Hamas nicht als eine terroristische Organisation an und ist bereit, deren Vertreter auf Regierungsebene zu empfangen. Nur unter starken internationalem Druck verzichtete Präsident Putin auf ein persönliches Zusammentreffen mit den Hamas-Führern. In der Iranfrage versucht Russland die Verhängung von Sanktionen durch den UN-Sicherheitsrat nach Möglichkeit zu verhindern. Gleichzeitig ist Putin aber demonstrativ um gute Beziehungen zu seinen westlichen Partnern bemüht. So berichtete der russische Präsident in mehreren Telefonaten seinen Partnern in den USA, in Israel sowie in UN und EU über die Ergebnisse der verschiedenen Gespräche. Am 6. März wurde der russische Außenminister Lavrov in die USA entsandt, um persönlich über die Ergebnisse der Verhandlungen mit dem Iran und der Hamas zu berichten.

Die Außenpolitik der russischen Regierung kann den Eindruck einer gewissen Widersprüchlichkeit kaum verdecken. Während man den Terroristen in Tschetschenien einen kompromisslosen Kampf mit allen Mitteln erklärt, scheinen die Gewaltbereitschaft der Hamas oder die inakzeptablen Äußerungen des iranischen Präsidenten gegenüber Israel für Moskau kein grundlegendes Problem darzustellen. Welche Interessen liegen hinter dieser Doppelgleisigkeit?

1. Wirtschaftliche Interessen

- Ein massives Vorgehen gegen den Iran würde direkte Auswirkungen auf die russisch-iranische Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich haben. Der Bau des Atomkraftwerkes Buscher, als eines der zentralen Objekte der russisch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen, müsste dann zwangsweise eingestellt werden. Somit würde Russland etwa eine Milliarde US Dollar verlieren. Folglich versucht Moskau Sanktionen oder gar Militärschläge gegen den Iran zumindest bis zur geplanten Fertigstellung der Reaktoren Ende 2006 hinauszuzögern.
- Die russischen Wirtschaftsinteressen haben auch eine langfristige Komponente. Iran plant den Bau von 20 weiteren Nuklearanlagen. Bei den Aufträgen für den Bau der Atomkraftwerke soll Russland bevorzugt werden. Die russischen Experten schätzen das Potential solcher Zusammenarbeit auf etwa 10 Milliarden US Dollar.
- Daneben ist die konventionelle Rüstungsindustrie eines der wichtigsten Exportfelder Russlands. Am 5. Dezember 2005 wurde der Verkauf von 29 Boden-Luft-Raketen vom Typ „Tor M-1“ für 700 Millionen US Dollar an den Iran bekannt. Weitere Rüstungsgeschäfte sind geplant und wären bei einer Eskalation der Iran-Krise gefährdet.

2. Geopolitische Interessen

- Russland versucht unverkennbar, wieder einen dem alten Supermachtstatus¹ vergleichbaren internationalen Rang einzunehmen. Dabei will Moskau auch an den Einfluss anknüpfen, den man zu Sowjetzeiten in den arabischen Ländern hatte.
- Russland möchte offenbar zeigen, dass es über besondere (vertrauliche) Beziehungen zu den islamischen Ländern verfügt und dadurch eine Brückenfunktion zwischen dem Westen und den Muslimen einnehmen kann. Damit will es seine Schlüsselrolle bei der Konfliktlösung in der muslimischen Welt und damit seine Position als unersetzlicher Partner deutlich machen.
- Die von Präsident Putin verfolgte Politik der Annäherung an die islamische Welt hat auch die stark wachsende muslimische Bevölkerung in Russland im Blick und versucht damit, religiösen Konflikten im eigenen Land vorzubeugen.
- In St. Petersburg findet im Juli 2006 unter Vorsitz Russlands das Gipfeltreffen der G-8 statt. Russland wird derzeit vor allem von den USA für seinen autoritären und antidemokratischen innenpolitischen Kurs kritisiert. Dadurch wird die russische Mitgliedschaft und insbesondere der Vorsitz in der Gruppe der Acht angezweifelt. Gelänge es Präsident Putin, sichtbare außenpolitische Erfolge zu verzeichnen, so könnte er die internationale Kritik an den innenpolitischen Entwicklungen in Russland schwächen.
- Für Russland sind gute Beziehungen zu Teheran besonders wichtig. Der Iran ist ein wichtiger Garant des Status Quo im Kaukasus und in Zentralasien. Iran hat bislang stets eine neutrale Position im Tschetschenien-Konflikt angenommen und betrachtet diesen als eine innere Angelegenheit Russlands. Auch die separatistischen Bewegungen innerhalb Russlands (etwa in Tatarstan) werden vom Iran nicht unterstützt.
- Würde der Vorschlag der Urananreicherung auf russischem Boden realisiert, wäre Russland nicht nur für den Iran unersetzlich, sondern für die internationale Gemeinschaft insgesamt. Würde der Iran im eigenen Land Uran anreichern, so wäre eine russische Unterstützung zwar auch dann denkbar – allerdings verlöre ein Gemeinschaftsprojekt auf iranischem Boden seinen eminent politischen Charakter und wäre zu einem gemeinsamen Wirtschaftsprojekt degradiert.
- Ein möglicher Militärschlag gegen den Iran würde vermutlich mit einer weiteren Stationierung amerikanischer Truppen im postsowjetischen Raum einhergehen. Nach den verschlechterten Beziehungen Moskaus zu Georgien und zur Ukraine (als Folge der „farbigen Revolutionen“) und der absehbaren NATO-Perspektive für beide Länder würde der russische Einfluss im GUS-Raum weiter geschmälert.

4. Fazit

Die neue Politik Putins im Nahen Osten kann als „pragmatisch“ bezeichnet werden, ist aber letztlich ambivalent und steht unter enormen Zwängen. Russland versucht einen Spagat zwischen zwei Zielen: Zum einen will man die wirtschaftliche und strategische Partnerschaft mit islamischen Staaten wie dem Iran nicht gefährden. Ande-

rerseits möchte Moskau auch die Verschlechterung der Beziehungen mit den westlichen Partnern vermeiden.

Falls es zu Entscheidungen im UN-Sicherheitsrat über Sanktionen gegen den Iran kommen sollte, so wird sich Russland zwischen der Ausübung des Vetorechts einerseits und der Zusammenarbeit mit den westlichen Partnern andererseits entscheiden müssen. Würde Moskau ein Veto einlegen, so würden die Beziehungen zum Westen (vor allem zu den USA) einen erheblichen Schaden erleiden. Die Kritik am innenpolitischen Stil Putins würde dramatisch anwachsen und die russische Verlässlichkeit würde grundsätzlich in Zweifel gezogen. Von iranischer Seite würde die russische Standfestigkeit allerdings mit neuen Aufträgen im Nuklearbereich honoriert.

Würde sich Russland aber zusammen mit dem Westen für die Sanktionen gegen den Iran entscheiden, so würde das Ansehen Moskaus in der muslimischen Welt dramatisch sinken. Darüber hinaus dürfte der Iran seine neutrale Haltung im Kaukasus und in Zentralasien aufgeben.

Eine Abstimmung im Sicherheitsrat würde damit zum Lackmustest für das Bekenntnis Russlands zu demokratischen Werten und zur Demokratiefähigkeit. Präsident Putin wäre gezwungen, Russland zum zweiten Mal nach dem 11. September 2001 neu und deutlich zu positionieren. Dies müsste vor dem Hintergrund der besorgniserregenden innenpolitischen Entwicklungen in Russland geschehen (Politik im GUS-Raum, Energiepolitik, Zentralisierung der Macht, Stagnation im Justizsystem, fehlender Pluralismus in allen politischen Bereichen, Menschenrechte, Pressefreiheit etc.).

Wofür sich Präsident Putin entscheiden wird, dürfte in hohem Maße von der Konstellation der Kräfte im Kreml abhängen. Die letzten innen- und außenpolitischen Entwicklungen deuten allerdings eher auf einen Konfrontationskurs Russlands im UN-Sicherheitsrat hin.

Heinrich Schwabe ist Mitglied des Arbeitskreises Junger Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung.

**Ihr Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung
Hauptabteilung Politik und Beratung:**

Dr. Karl-Heinz Kamp
Leiter Arbeitsgruppe Europa und Außenpolitik
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstraße 23
10907 Berlin
E-Mail: karl-heinz.kamp@kas.de
Telefon: +49 30 2 69 96-35 10